

Nachhaltige Entwicklung

Joseph Huber

Seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 hat die ökologische Diskussion eine neue Dimension erreicht. Das Konzept eines Sustainable Development wurde offiziell zum weltweiten Leitbild erklärt, das einer ökologisch angepaßten und sozial gerechten Erdpolitik zugrundeliegen soll. Als Übersetzung des englischen Ausdrucks wird im folgenden der Begriff der nachhaltigen Entwicklung verwendet.

Nachhaltigkeit bedeutet ursprünglich das Prinzip der beständigen, langfristigen Waldbewirtschaftung, demzufolge nicht mehr Holz geschlagen werden soll als nachwächst. Im übertragenen neueren Sinn bedeutet Nachhaltigkeit, natürliche Ressourcen und Senken, die der Mensch nutzt, so zu bewirtschaften, daß ihre Substanz oder ihr Potential nicht beeinträchtigt wird, auf Dauer erhalten bleibt und sich nach Möglichkeit sogar verbessert. Nachhaltige Entwicklung besagt das gleiche wie andere, alternativ dazu benutzte Ausdrücke, zum Beispiel dauerhafte Entwicklung, dauerhaft umweltgerechte Entwicklung oder zukunftsfähige Entwicklung.

Im Brundtland-Report von 1987 wurde die Grundidee der nachhaltigen Entwicklung klar und einfach formuliert. "Sustainable development", heißt es dort, "integrates economics and ecology in decision making and law making to protect the environment and to promote development" (WCED 1987, 37). It "aims at a type of development which integrates production with resource conservation and enhancement and links both to providing an adequate livelihood base and equitable access to resources" (39). It tries to "reorient international relations to achieve trade, capital and technology flows that are more equitable and consistent with environmental imperatives" (40). Sustainable development wants to achieve "social equity between generations and within each generation. ... It meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs" (32, 43). It "defines the goals of economic and social development in all countries in terms of sustainability ..., gives overriding priority to the essential needs of the world's poor ..., meets human needs by increasing productive potential and ensuring equitable opportunities for all" (43).

Nachhaltigkeit stellt im wesentlichen ein Wirtschaftskonzept dar. Zwar kann Nachhaltigkeit auch ohne Bewirtschaftung der Natur durch den Menschen verstanden werden, zum Beispiel als ein rein naturwissenschaftliches Konzept der ökologischen Stabilität. Aber in Wirklichkeit, von der spätmittelalterlichen Waldwirtschaft bis zum heutigen Rio-Prozeß, stellt

sich mit dem Wirtschaftsziel eines nachhaltigen Ertrages immer schon die Aufgabe der vorausschauenden Ressourcenbewirtschaftung, insbesondere auch der zielstrebigen Ressourcenentwicklung (im Rio-Vokabular "resource enhancement").

Nachhaltige Entwicklung will Natur nicht nur schützen, sondern auch nutzen. Auf der IV. Weltkonferenz der Naturschutzorganisationen in Caracas 1992, einem Rio-Vorbereitungstreffen, kam es erneut zur Gegenüberstellung zwischen jenen Naturschützern, die den Status quo konservieren wollen, und den anderen, die einen sinnvollen und funktionierenden Schutz der Natur nur in Verbindung mit ihrer Nutzung sehen, wodurch die Umwelt in bestimmtem Maß verändert und fortentwickelt wird. Die Mehrheit befand sich eindeutig auf seiten der umweltnutzenden Naturschützer. Wofür diese eintreten, erscheint der Mehrheit der arbeitenden und wirtschaftenden Menschen ohnedies als Selbstverständlichkeit. Nachhaltige Entwicklung möchte nicht so sehr "Wege aus der Wohlstandsfalle" weisen, als vielmehr weitere Wege erschließen, um das Modell eines Wohlstands für alle auf Dauer fortführen zu können.

Der Begriff der Entwicklung, wie er im Nachhaltigkeitskonzept verwendet wird, ist Joseph Schumpeter verpflichtet. Entwicklung bedeutet hierbei, in Übereinstimmung sowohl mit der allgemeinen Evolutionstheorie als auch mit der neueren Systemtheorie, eine Ausdifferenzierung sowie laufende erfolgreiche Reproduktion von Systemen durch sich bewährende Innovationen. Diese bewirken in den heißen Phasen der Entwicklung einen Prozeß "schöpferischer Zerstörung". Zerstörung, weil Teilsysteme schrumpfen und vielleicht sogar verschwinden, und schöpferisch, weil dem ein Wachstum emporkommender Teilsysteme gegenübersteht. Das Gesamtergebnis kann in erweiterter, einfacher oder verringerter Reproduktion bestehen, also in Wachstum, Nullwachstum oder Schrumpfung.

Es ist deshalb nicht sinnvoll, vermeintlich umweltzerstörerisches "Wachstum" von vermeintlich umweltangepaßter "Entwicklung" abgrenzen zu wollen. Dagegen ist es im Sinne der Rio-Idee zweckdienlich, umweltzerstörerische industrietraditionale Formen von Wachstum und Entwicklung abzugrenzen von selbstbezüglich modernisierten (also reformierten, restrukturierten) Wachstums- und Entwicklungsformen, die unter bestimmten Voraussetzungen nachhaltig werden können.

Die Rio-Dokumente beinhalten keine durchbuchstabierte Umsetzungsstrategie. Sie formulieren vor allem ein Leitbild mit dem Charakter eines allgemeinen Grundsatzprogramms. Dieses wurde ideologisch ebenso wie in seiner politisch-ökonomischen Instrumentierung weitgehend offen gehalten. Für die Anschließ- und Resonanzfähigkeit des Konzeptes ist dies auch unerläßlich. Aufgrund dessen können verschiedene Akteure sich das Konzept in unterschiedlicher Weise zu eigen machen. Aufgrund ihrer verschiedenen Interessen werden sie unterschiedliche Auslegungen vorbringen und verschiedene Handlungsschwerpunkte setzen.

Es gehört zu den Eigenheiten von breit angelegten programmatischen Plattformen, daß sie keine revolutionären neuen Elemente enthalten. Sie wollen nicht konfrontieren und polarisieren, sondern einen Bezugsrahmen der Zusammenarbeit herstellen. Im wesentlichen besteht das Konzept der nachhaltigen Entwicklung aus Elementen, die in der umweltpolitischen Diskussion in verschiedenen Ländern an verschiedenen Stellen längst entwickelt worden waren. Das Verdienst

des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung liegt darin, diese Elemente zu einem Muster zusammengefügt zu haben, das für einen internationalen Mainstream konstitutiv werden konnte und das damit im Rio-Prozeß einen neuen erdpolitischen Diskussions- und Handlungskontext mit mehr Teilnehmern aus mehr gesellschaftlichen Bereichen und mit frischer politischer Schubkraft hervorgebracht hat, den es, bei aller Kontinuität seit der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972, in dieser Form zuvor nicht gab.

Ein magisches Dreieck, das die ökologische Frage mit der sozialen Frage im Rahmen der Weltwirtschaft verknüpft

Eine vollständige Formulierung des Nachhaltigkeits-Konzeptes müßte genau genommen Sustainable and Equitable Development lauten. Denn es handelt sich, in den Worten der Rio-Dokumente, um eine Verbindung der drei Teilkomponenten Economic Development plus Ecological Sustainability plus Social Equity, zu deutsch also ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsentwicklung, oder – eher beschwichtigend – Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Wirtschaftsentwicklung.

Im Leitbild der nachhaltigen Entwicklung werden die soziale Frage und die ökologische Frage junktimhaft miteinander verknüpft werden. Man spricht in diesem Sinn auch von der "globalen Frage", wobei global hier weltweit bzw. erdumspannend bedeutet und womit nichts anderes angesprochen wird als das, was beim Club of Rome in den 70er Jahren "world problematique" hieß.

Es treffen heute die sich beständig verschärft habenden sozialen Probleme in den Schwellen- und Entwicklungsländern zusammen mit erneuten sozialen Verwerfungen in so gut wie allen westlichen und östlichen Industriestaaten. In dem Maß, in dem das Weltsystem eine internationale Arbeitsteilung besitzt und im Interesse seiner vertikalen und horizontalen Integration funktionierende Schnittstellen, Faktorenmobilität, Handel und andere Transfers zulassen muß, im gleichen Maß wird jedes einzelne Land die Ungleichheits-Struktur des Weltsystems in sich selbstähnlich reproduzieren.

Aus der Perspektive der bisher Reichen: Die Dritte Welt ist nicht mehr nur draußen vor dem Burgtor, sondern auch drinnen im Burgfried, in dem Sinn, daß bisher fremde Ethnien zu wandern, um sich hier eher unteren Schichten anzugliedern, und in dem Sinn, daß bestimmte Schichten und Segmente der einheimischen Erwerbsbevölkerung ihre Position gegenüber auswärtigen Wettbewerbern nicht halten können und einen sozialen Abstieg erleiden.

Dies ist Wasser auf die Mühlen der Verfechter eines "geschlossenen Handelsstaats" und nationaler Autarkie. Sie sehen im freien Welthandel den leibhaftigen Gott-sei-bei-uns. Nun gibt es einen "freien" Welthandel ohnedies kaum, denn praktisch alle Märkte sind in vielfacher Weise reglementiert. Eine "Befreiung" von allen Handelshemmnissen würde voraussichtlich sozialrevolutionäre Strukturwandelprozesse auslösen, aus denen Agrar-, Grundstoff- und Industrieerzeuger der Schwellen- und Entwicklungsländer als Gewinner, und die gleichen, heute schon vielfach dauersubventionierten Sektoren und Bevölkerungsschichten in den Hochtechnologieländern als große Verlierer hervorgehen würden. Wie dem auch sei und wie frei oder reglementiert der Weltmarkt heute sein mag, eine Abschottung von diesem Weltmarkt würde im Prinzip nichts helfen, dagegen mit Sicherheit zusätzlich schaden. Aufgrund verringerter Skaleneffekte würden die Produktivität (damit auch die Ressourcenproduktivität) und der Wohlstand insgesamt sinken.

Ob die einzelnen Regionalwirtschaften auf dem verringerten Produktivitäts- und Wohlstandsniveau dann eine Insel der Seligen wären, hängt davon ab, inwiefern ihre internen Herrschafts- und Verteilungsverhältnisse harte oder milde Schichtungen bewirken. Erfahrungsgemäß führt Verarmung

nicht zu Großzügigkeit. Daß unter solchen Bedingungen nicht Prozesse sozialer Öffnung, sondern Prozesse sozialer Schließung befördert werden, ist sehr wahrscheinlich. Binnenverhältnisse und Außenverhältnisse, in welcher Gestalt oder Umgestaltung auch immer, stehen in direkter Wechselwirkung miteinander. Noch jedes Land, das versuchte, sich vom Welthandel und sonstigen Weltsystemen abzukoppeln und autark, maximal self-reliant zu sein – der Ostblock, China, Albanien, Cuba u.a. –, ist mit diesem Vorhaben letztlich gescheitert und hat seiner Bevölkerung nur unnötig zusätzliche Wirtschaftsprobleme, meist gepaart mit politischer Unterdrückung, aufgebürdet.

Kategorische Nutzungsimperative und Verteilungsimperative

Die anderen Rio-Dokumente enthalten eine Reihe von grundlegenden Regeln der Nachhaltigkeit. Sie seien hier in zwei Kategorien gegliedert, als (ökologische) Nutzungsregeln und als (soziale) Verteilungsregeln. Es werden folgende fünf Nutzungsregeln formuliert:

1. Tragbare Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsentwicklung muß sich in Übereinstimmung mit der Tragfähigkeit und den Produktivkräften des Ökosystems befinden.

2. Tragbare Immissionsbelastung

Die Immissionsbelastung, der Umweltmedien und Lebewesen ausgesetzt sind, darf ihre Aufnahme- und Regenerationsfähigkeit nicht übersteigen.

3. Regenerierbarer Verbrauch erneuerbarer Ressourcen

Die Verbrauchsrate erneuerbarer Stoffe und Energien (z.B. Wasser, Biomasse, in gewisser Weise auch Böden) darf ihre gegebene Reproduktionsrate nicht übersteigen. Die Reproduktionsrate soll nach Möglichkeit erweitert, d.h. der "natürliche Kapitalstock" vermehrt werden.

4. Minimaler Verbrauch erschöpflicher Ressourcen

Die Verbrauchsrate erschöpflicher Ressourcen (soweit es sich nicht um eher banale Stoffe wie Sand und Steine handelt, sondern um ökologisch sensible Ressourcen wie z. B. Flächen, oder Öl, Kohle, Naturgas) ist zu minimieren, und zwar durch

- Substitution erschöpflicher durch erneuerbare Ressourcen
- Steigerung der Stoff- und Energie-Effizienz bzw. Senkung der Umweltintensität
- Recycling, soweit ökologisch sinnvoll und ökonomisch vertretbar.

5. Naturverträgliche Innovationen

Die Entwicklung und Einführung von nicht umweltbelastenden sauberen Ressourcen, Technologien und neuen Produkten ist verstärkt voranzutreiben.

Was die Frage der Verteilung des realisierten Ressourcennutzens angeht, so beziehen sich die Rio-Dokumente auf die Prinzipien der Gerechtigkeit und Billigkeit sowie auf das Allgemeininteresse ("Equity and the Common Interest"). Die Verteilungsregel lautet, daß Recht und Billigkeit der Ressourcennutzung sowohl unter der jetzt lebenden Weltbevölkerung gewährleistet werden sollen als auch im Ablauf der Generationen. Der natürliche Kapitalstock soll ungeschmälert erhalten bleiben, damit kommende Generationen grundsätzlich die gleichen Nutzungschancen haben wie die Menschen heute. Es geht also um eine intergenerationelle und intragenerationelle

Verteilungsgerechtigkeit zugleich. Nachdrücklich betont wird die Aufgabe, weltweit ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten.

Nun ist es allerdings weder im Rahmen der Wirtschaftsrechnung noch im Rahmen praktischer Planungen möglich, den künftigen Nutzen einer Sache richtig zu diskontieren und überhaupt Nutzenpotentiale prognostisch zu berechnen und langfristig vor auszuplanen. Fristigkeiten von 3, 5, 15 oder 30 Jahren mögen betriebswirtschaftlich erforderlich sein, stellen aber ökologisch gesehen willkürliche Konventionen dar, denen gegenüber die Natur ohnedies gleichgültig ist. Im Rahmen der Ermöglichungs-Verwirklichungs-Dialektik, die das Leben darstellt, bleibt es ausgeschlossen, immer allen alle Optionen offen zu halten. In der Regel ist das Gegenteil der Fall. Man kann im Leben nicht nichts tun. Mit allem, was man tut und unterläßt, werden bestimmte Optionen, natürlich auch solche der Ressourcennutzung, realisiert, dafür gehen andere Optionen verloren, und wieder andere Optionen werden dafür neu erschlossen.

Insofern stellt die Verteilungsregel der WCED teils eine rationalistische Fiktion, teils eine idealistische Kopfgeburt dar. Sie beinhaltet letztlich nichts anderes als den guten Willen, sich um einen Modus gerechten Teilens zu bemühen statt maximal viel für sich alleine zu beanspruchen, insbesondere die Absicht, jedem Lebenden ein menschenwürdiges Auskommen zu verschaffen und dabei das übernommene Naturerbe nach Kräften zu hegen und zu pflegen, um es möglichst heil und unversehrt an Nachfolger überantworten zu können. So verstanden dürfte die WCED-Verteilungsregel allgemein zustimmungsfähig sein.

Man kann sagen, daß die Nutzungs- und Verteilungsregeln des Nachhaltigkeitskonzeptes im Rio-Prozeß in erheblichem Maß von der amerikanischen Richtung der Ecological Economics beeinflusst, wenn nicht überhaupt vorgegeben worden sind. Zu den Vertretern dieser Richtung gehören H. Daly, E. Odum, D. W. Pearce, R. K. Turner, R. Costanza u.v.a. Bevor sie sich auf der gemeinsamen Plattform des Sustainable development zusammenfanden, waren die meisten von ihnen schon Verfechter von Konzepten der Stable State Economy oder Stationary State Economy, wie sie auf J. St. Mill in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgehen, und die sie inzwischen auch Circular Economy nennen.

Die J. St. Mill-Tradition in der Ökonomie dürfte ein angelsächsisches Spezifikum darstellen, insofern sich hier verschiedene politische Elemente in einer Weise verbinden, die man sonst nicht kennt: ein Marktliberalismus und demokratischer Verfahrensliberalismus gepaart mit Wertkonservatismus und materiellem Verteilungskommunismus, getragen von einem Weltanschauungsstrom rousseauistischer, romantischer und vitalistischer Motive.

Von daher bietet die Ecological Economics bei näherem Hinsehen auch ein recht buntes Bild, in dem fast alle Farben des politischen Spektrums enthalten sind. Entsprechend verschieden – von "strong sustainability" nach "weak sustainability" – sind auch vorgetragene Varianten von Wachstums- und Entwicklungskonzepten, vom Nullwachstum über differenzierte Strukturwandelprozesse im Rahmen gleichbleibender Umsatzvolumina bis hin zu offensiven Modernisierungsprozessen mit dem Ziel einer systematischen Vermehrung des künstlichen Kapitalstocks. Es überwiegt jedoch das im Prinzip konservative Postulat, der natürliche Kapitalstock habe konstant zu bleiben. Damit wird nicht nur dem Raubbau die erforderliche Absage erteilt, sondern es wird faktisch auch dem Wachstum eines künstlichen Kapitalstocks Mißtrauen bis Ablehnung entgegengebracht.

Die Nutzungs- und Verteilungsregeln der WCED stellen allgemeine Leitsätze dar. Wegen ihrer weitgehenden Nicht-Spezifiziertheit wird das Nachhaltigkeits-Konzept von Diskussions- teilnehmern kritisiert, deren politische Farben bei alldem bis tiefgrün liegen. Nachhaltige Entwicklung sei eine "Vernebelungs- ideologie", um an alten Illusionen über Menschenrechte und Wohlstand für alle festzuhalten, ein "Alleskleber", der unter seinem diffusen Mantel alle entdifferenziere nach dem Motto "Kenne keine Klassen mehr, nurmehr das eine global boat, in dem wir alle sitzen".

Es ist sicherlich nicht verkehrt, sich vor falschen Freunden zu hüten, und es mag mehr als nur Luxus sein, auf seine Distinktion zu achten. Aber die Kritik verfehlt ihren Gegenstand. Bei der nachhaltigen Entwicklung handelt es sich um ein typisches strategisches Konzept, das einen Aufgabenkomplex beschreibt, ohne dabei schon im Detail die Mittel und Wege der Umsetzung vorwegzunehmen. Das heißt, vorhandene politische Lagerbildungen und Konfliktlinien bleiben aktuell, besser gesagt, sie reproduzieren sich in der Ausgestaltung und Umsetzung des Konzeptes. Insofern fällt auf die Kritiker selbst die kritische Frage zurück, welche unduldsamen Alleinseligmachungen hier eventuell wieder im Erscheinen begriffen sind.

Bei den genannten Nutzungs- und Verteilungsregeln handelt es sich um rein formale Sätze, um kategorische Imperative wie den Kant'schen, also um kategorische Nutzungs- und Verteilungsimperative. Es sind empirisch leere Sätze. Dagegen ist allerdings nichts zu sagen. Wertmaßstäbe als solche sind immer empirisch leer, obschon sie ihren Sinn durch konkretisierende Anwendung in Bewertungsvorgängen erfahren. Wären sie "substantiell" oder "essentiell", so würden sie rasch zu einem dogmatischen Katechismus erstarren in der Art "Fahr Rad statt Auto, lobe den ÖPNV, benutze Jutesäcke statt Plastiktüten, vermeide Vollbäder, spare Strom und schäme dich, wenn du deinen Müll nicht in sechs Eimer sortierst".

Die konkret-historischen Umsetzungsbedingungen sind zu vielfältig und zu veränderlich, um sie in allgemeingültigen Prinzipien einzufangen. Kategorische Imperative können und sollen eine Orientierung geben. Wer meint, diese sei in ihrer Allgemeinheit unbestimmt und gleichgültig, der irrt. Vielmehr handelt es sich um den kognitiven Code, aus dem heraus sich alles weitere generiert.

Beim vorliegenden Text handelt es sich weitgehend um Auszüge aus dem im Herbst 1995 bei der Edition Sigma, Berlin, erscheinenden Buch des Autors "Nachhaltige Entwicklung"

Literaturhinweise:

Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages: Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bonn (Economica) 1994

Harborth, Hans-Jürgen: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des Sustainable Development. Berlin (Edition Sigma) 1991

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1994, Stuttgart (Metzler-Poeschel) 1994

UNCED (United Nations Conference on Environment and Development): Agenda 21, hrsg. v. Bundesumweltministerium Bonn 1992

UNCED: Dokumente der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (Klimakonvention, Konvention über die Biologische Vielfalt, Rio-Deklaration, Walderklärung), hrsg. v. Bundesumweltministerium Bonn 1992

WCED (World Commission on Environment and Development): Our Common Future ("Brundtland-Report"). Oxford University Press. New York 1987. Dt. Ausgabe: Hauff, Volker (Hg): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven (Eggenkamp) 1987